

Notstand – das klingt nach Krise, nach dräuender Katastrophe und, wenn man ein wenig historisches Gespür hat, auch nach politisch gefährlichen Zeiten. Die meisten der Anspielungen sind gewollt: Die Ausrufung des Klimanotstands soll verdeutlichen, dass die Menschen sich beeilen müssen, wenn sie die Welt noch retten wollen. Konstanz war Anfang Mai, vor gut 100 Tagen, die erste Stadt im Südwesten, die sich zu diesem Schritt entschlossen hat, wenige Tage später folgte Heidelberg, im Juli kamen Bühl und Karlsruhe hinzu. Bundesweit sind es etwa 40 Städte.

Erfunden haben den Klimanotstand, nein, nicht die Schweizer, sondern vermutlich die Australier. Dort wird der Begriff „Climate emergency“ seit 2017 verwendet. Längst handelt es sich dabei um eine mächtige organisierte Bewegung, der sich weltweit bisher 900 Städte und Regionen in 18 Staaten angeschlossen haben. In Großbritannien sollen 64 Prozent der Bevölkerung auf einem Gebiet leben, das unter dem Klimanotstand steht. In Neuseeland sind es wohl 70 Prozent.

Interessant ist nun, dass sich vor allem Städte zu diesem Schritt entschließen, die sich bisher schon für gute Klimaschützer halten oder es tatsächlich auch sind. Heidelberg etwa sieht sich in einer Vorreiterrolle in Sachen Klimaschutz.

Die neue Bahnstadt wurde zum Beispiel ausschließlich mit Passivhäusern bebaut. Dennoch, so schrieb Oberbürgermeister Eckart Würzner (parteilos) in der Vorlage für den Gemeinderat vom Mai, „haben die jahrelangen Bemühungen nicht ausgereicht, um das 1,5-Grad-Ziel zu erreichen“. Die Ausrufung des Klimanotstands hat deshalb in Heidelberg – und in vielen anderen Städten – zunächst einmal aufrüttelnden Charakter; rechtliche Konsequenzen sind ihm nicht eigen. „Der Klimaschutz wird noch stärker zum Leitmotiv des politischen Handelns“, so formuliert es Würzner. Die Entscheidung hat aber durchaus konkrete Folgen. In Heidelberg will der Gemeinderat im Oktober eine Debatte darüber beginnen, wie man den bestehenden Maßnahmenkatalog erweitern kann. Ziel ist es, bis 2050 komplett klimaneutral zu werden.

Mit Karlsruhe hat auch die zweitgrößte Stadt in Baden-Württemberg den Klimanotstand erklärt. Die Entscheidung fiel im Gemeinderat mit 26 zu 21 Stimmen knapp aus, sie wurde hauptsächlich von Grünen und SPD getragen. Die CDU und auch OB Frank Mentrup (SPD) votierten dagegen. Sie hatten großes Bauchweh nicht mit der Sache, sondern mit dem Begriff Notstand, der im deutschen Recht bedeutet, dass geltende Gesetze angesichts einer großen Gefahr ganz oder teilweise außer Kraft gesetzt werden können. Die Notverordnung von 1933 ebnete den Weg in die Nazi-Diktatur. „Ich komme nicht über diese Schwelle hinweg“, wird Mentrup zitiert.

Deutliche Kritik am Begriff des Klimanotstands kam dieser Tage auch von Baden-Württembergs Umweltminister Franz

Untersteller (Grüne) und dem Städtetag Baden-Württemberg. „Seit der Weltklimakonferenz 2015 sollte allen klar sein, wo die Reise hinzugehen hat“, sagte der Minister. Damals hätten sich fast 200 Staaten unter anderem darauf geeinigt, die Erderwärmung zu begrenzen. „Und nur weil man es dann in den Städten so nennt, hat man keine Tonne CO₂ weniger in der Bilanz“, so Untersteller. Zuvor hatte der Städtetagspräsident Peter Kurz (SPD) betont, er habe mit dem Begriff „Notstand“ große Schwierigkeiten. Dieser signalisiere, dass nicht mehr in demokratischen Prozessen entschieden werden könne, sagte Mannheims Rathauschef unserer Zeitung, „damit sollten wir nicht spielen.“

Konstanz lässt sich durch derlei Einwände nicht irritieren – und will es vor allem nicht bei bloßen Bekundungen belassen. Künftig werden, so heißt es, alle städtischen Projekte erst auf ihre Folgen für den Klimaschutz abgeklopft, bevor darüber entschieden wird. Rund 500 Vorlagen passieren jährlich den Gemeinderat. Anstoß war auch am Bodensee, dass der bisherige Zeitplan im Klimaschutzkonzept nicht eingehalten worden war. In Bühl (Kreis Rastatt), der mit knapp 30 000 Einwohnern kleinsten der vier „Notstandskommunen“ im Südwesten, hat man die Klimaziele ebenfalls verfehlt. Dort will man im Herbst im Rahmen einer Klausurtagung besprechen, wie man den Klimaschutz verbessern kann. Diskutiert wird dabei sicher auch Bühls Beteiligung am Baden-Airpark. Diese ist mit gut vier Prozent zwar gering. Aber ist sie noch zeitgemäß? Oder wäre es nur ein symbolischer Akt, wenn sich die Stadt zurückzöge?

Andere Städte haben sich bewusst gegen die Ausrufung des Klimanotstands entschieden – allerdings aus unterschiedlichen Motiven. In Heilbronn hat der Klimaschutzbeauftragte laut eines Berichts der „Heilbronner Stimme“ bei einer Veranstaltung eingeräumt, dass das bisherige Ziel, bis 2020 etwa 20 Prozent Kohlendioxid einzusparen, sehr gering sei (zumindest erreicht man es aber). Andere sprachen deshalb von einer Bankrotterklärung der Stadt. Der Oberbürgermeister Harry Mergel (SPD) hält das Signal des Klimanotstands aber nicht für erforderlich. Er setzt auf einen Masterplan, der nächstes Jahr beschlossen werden soll. Der Gemeinderat könne dabei durchaus fordern, bis 2050 klimaneutral zu werden, betont die Sprecherin Claudia Küpper.

In Tübingen wiederum lehnt man die Ausrufung eines Klimanotstands ab, weil man auch ohne diese Maßnahme schon weiter sei als andere Städte – auch als Konstanz beispielsweise, so OB Boris Palmer (Grüne). Im vergangenen Jahrzehnt habe Tübingen die CO₂-Emissionen um 30 Prozent reduziert, schrieb Palmer auf Facebook: „Ich brauche keinen Notstand, um zu handeln.“ Und Konstanz schrieb er ins Stammbuch: „Liebe Konstanzer, gut, dass wir gemeinsam am Ziel arbeiten, das Klima zu schützen. Da kann auch jeder seinen Weg gehen. Aber ich finde die Symbolik des Notstands nicht die richtige.“

Umstrittener Klimanotstand

Umwelt In Baden-Württemberg setzen bisher vier Städte auf dieses Mittel – andere verweigern sich bewusst. Warum? Von Thomas Faltin



Bahnstadt in Heidelberg besteht aus Passivhäusern, klimafreundlich Foto: Christoph Püschner



Foto: Stadt Heidelberg/Friederike Hentschel

„Der Klimaschutz wird noch stärker zum Leitmotiv des politischen Handelns.“

Eckart Würzner, OB von Heidelberg

WELCHE STADT IST AM WEITESTEN IM KLIMASCHUTZ?

Energy Award Jede Stadt rechnet bei ihren Klimaschutzkonzepten anders – eine direkte Vergleichbarkeit gibt es deshalb nicht. Ersatzweise kann aber der European Energy Award herangezogen werden: Jede Stadt verpflichtet sich, ein Arbeitsprogramm zu erstellen und prüfen zu lassen. Bundesweit nehmen zurzeit 329 Kommunen und Landkreise an dieser Zertifizierung teil.

Erfolge Angestrebt wird oft der „Gold Standard“; dafür muss die Zielerfüllung bei mehr als 75 Prozent liegen. In Baden-Württemberg haben acht Kommunen und sechs Landkreise dieses Ziel erreicht. Dies sind: Ravensburg (86 Prozent), Bad Schussenried (83), Tübingen (82), Landkreis Ravensburg (81), Ludwigsburg (80), Enzkreis (80), Friedrichshafen (80), Bad Waldsee (80),

Landkreis Karlsruhe (79), Waiblingen (79), Lörrach (79), Bodenseekreis (77), Landkreis Böblingen (76), Landkreis Biberach (76).

Klimanotstand Karlsruhe liegt mit 75 Prozent kurz vor dem Gold Standard, Konstanz muss mit 58 Prozent noch mehr Anstrengungen unternehmen. Heidelberg und Bühl beteiligen sich nicht am European Energy Award. *fal*